Dresden 1881.

Auflage 35000 Exempl.

Für die Richtigkeit eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme außerdem: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Radebeul an Herrn Hermann gr. Meyergasse 8. Ecke Kaiser-Allee. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet für Dresden die Zeile 20 Pfg.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Abonnenten sind gegen uns unbekannte Personen unbedingt mit Ausgabe d. Pränumerando-Zahlung. Nicht Bestellungen oder Zeitungsrechnungen. Nicht Bitten kostet 15 Pfg. Inserate für die Morgen-Nummer müssen bis Nachmittags 3 Uhr, spätestens bis 6 Uhr Abends, mit Ausnahme der Sonntags-Nummer, spätestens bis 12 Uhr Mittags, in der Expedition abgegeben werden.

Haasenstein & Vogler, Dresden
(Älteste Annoncen-Expedition)
Wilsdruffer-Strasse Nr. 39, I.
Prompte Beförderung von Anzeigen an alle Zeitungen der Welt zu tarifmässigen Preisen ohne Nebenkosten. Vor-Anschläge, Kataloge, Offerten-Annahme etc. gratis.

In plombirten Packeten à 0.75, 1, 1.25, 1.50, 2 M. nur reine und wohlschmeckende chines. Thee Sorten empfiehlt à ½ Kilo 3, 4, 6 und 8 M. staubfrei. Bei jedem Packet ist Anweisung für Zubereitung.
Kaufhaus 6 **R. Seelig,** Importeur. Kaufhaus 6.

Residenz-Theater.
Mittwoch den 2. Febr. 1881 zwei Vorstellungen
Nachm. 4 Uhr. Halbe Preise. Volksthümliche Vorstellung.
Gastspiel des Fräul. König und des Fräul. Bendel.
Der Schlagring.
Abends 7½ Uhr: Gastspiel des Frl. Lina Bendel.
Eine Wiener Köchin.

Nachttelegramme. Hamburg. Ein heute Morgen 8 Uhr ausgebrochenes und bis Nachmittags andauerndes Feuer am großen Burstah 34 zerstörte einen großen Theil des Seidenlagers der Warburg-Compagnie. Die Versicherungssumme beträgt 1,490,000 Mark und participiren daran meistens englische Gesellschaften. Das Feuer ist bis jetzt gelöscht und konnte ein Hintergebäude, woselbst große Waarenvorräthe lagerten, noch gerettet werden.

Rom. Der Justizminister brachte das Ehescheidungsgesetz ein. Cairoli erklärte, daß die Worte versöhnliche Gesinnungen und Sympathien für Griechenland kundgab, er sei überzeugt, daß eine friedliche Lösung bald erreicht sei.

Nr. 33. Witterung vom 1. Februar: Barometer nach Oster Fleischer, Wallstraße 19. (8066. 6 U.) 761 Millim., seit gestern 5 Mill. gestiegen. Thermometergr. n. Reaum.: 4½° M., niedr. Temp. 3° M., höchste Temp. 5° M. Zahl-Wind: Südost. Bedeckt.

Aussichten für den 2. Februar: Neblig, stellenweise aufklärend, meist trocken, wenig kühler.

Mittwoch, 2. Februar.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Neue Steuervorschläge, wie sie die preußische Vormacht Deutschlands ununterbrochen im Bundesrathe einbringt, finden im Allgemeinen bei den anderen Regierungen die freundlichste Aufnahme. Das ist an sich nicht wunderbar. Auch Reichssteuern sollen ja schließlich die Landeskassen der Einzelstaaten. Die Finanzminister der letzteren haben dann nicht mehr nöthig, ihren Landtagen Steuererhöhungen zur Bestreitung der wachsenden Reichsausgaben anzusinnen. Ja, sie sähen es vermuthlich sogar nicht ganz ungern, wenn gewisse Steuererhöhungen, die bisher unterblieben, beantragt würden. Da ist z. B. die Zuckersteuer. Sie ist in entschiedenem Verfalle d. h. sie liefert lange nicht den Ertrag, auf den das Reich billigen Anspruch hat. Die Technik in der Bereitung des Rübenzuckers hat sich seit Jahren so vervollkommnet, daß die Fabrikanten jetzt aus der Rübe weit mehr Zuckergehalt ziehen, als früher, gleichwohl aber nach den ursprünglichen niedrigeren Steuersatz bezahlen. Man besitzt ein sehr sinnreiches Instrument zur minutiösesten Bestimmung der Süßkraft des gewonnenen und zu besteuernden Zuckers. Die Zuckerlords sträuben sich aber energisch gegen die Anwendung dieses verbesserten Meßinstruments — sie müßten dann auf der Stelle an die Reichskassen viele Zehntausende von Mark mehr zahlen, die sie jetzt in ihre Privattasche gut machen. Nun fabrizirt außer Anhalt im Wesentlichen nur Preußen Rübenzucker in großen Massen. Die Provinz Sachsen, speziell der fette Boden der Magdeburger Börde, ist der Sitz der Zuckerindustrie. Die Zuckerlords mit ihren mächtigen Verbindungen nach oben, haben bisher zu hintertreiben gewußt, daß der sonst wahrlich im Steuereinnehmen nicht zaghafte preußische Fiskus für die kolossalen Zuckersteuer-Entgänge keine Augen zu haben scheint. Das ist um so bedauerlicher, als eine schärfere Eintreibung der Zuckersteuer in der Hauptsache von den Fabrikanten, die sie bequem zahlen könnten, und nicht von den Konsumenten getragen werden würde. Jedenfalls wäre ein Vorgehen in dieser Richtung empfehlenswerther, als das Aufsuchen neuer Steuern. Gegen die Besteuerung körperlicher Gebrechen, die sogenannte Wehrsteuer, macht sich nun aber, und das ist eine erfreuliche Wahrnehmung, auch der Widerspruch der Bundesstaaten fühlbar.

Der Plan der Wehrsteuer geht bekanntlich dahin, von den aus körperlichen und anderen Gründen Dienstuntauglichen für die Befreiung von der persönlichen Leistung der Dienstpflicht einen Tribut in Form der Einkommensteuer zu erheben. Man erhielte auf diese Weise eine zweifache Einkommensteuer: eine für das Reich, eine für die Einzelstaaten. An sich ist das Bestehen einer doppelten Einkommensteuer ein Fehler. Die „Leipz. Ztg." behauptete dieser Tage nicht ohne Grund, daß es sogar sittliche Schäden habe, wenn, wie es in Sachsen z. B. vorkommt, einzelne Städte für ihre Kommunalzwecke die Einschätzung der Steuerpflichtigen nach ganz anderen Grundsätzen vornehmen, als der Staat bei denselben Personen für die seinen. Das offiziöse Blatt der sächsischen Regierung plaidirt daher mit Glück dafür, daß künftig die Gemeinden darauf beschränkt sein sollen, Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer zu erheben, nicht aber sollen sie künftig mehr eine eigne abweichende Einkommensteuer haben. Man darf daher wohl beim nächsten Landtage ein derartiges Gesetz erwarten. Die geplante Wehrsteuer des Reiches würde aber gar eine dritte Art von Einkommensteuer einführen und das wäre nur der Vorläufer einer vollständigen Reichseinkommensteuer. Denn es ist klar, daß bei zwei konkurrirenden Steuersystemen sich soviel unverträgliche Widersprüche ergeben, daß schließlich die Veranlagung der Wehrsteuer maßgebend wird für die Einkommensteuer der Einzelstaaten. Hingegen werden sich aber vor Allem die Steuerzahler sträuben; sie kommen dann viel schlechter weg als jetzt. Aber auch die Regierungen empfinden lebhaften Widerwillen gegen diese Verkürzung ihrer Rechte. Die Einkommensteuer gehört nicht dem Reiche; die Verfassung enthält davon kein Wort. Das unbestrittene Steuergebiet des Reiches bilden die Zölle und Verbrauchssteuern und daß das Reich darin nicht blöde ist, empfindet jeder Familienvater an den Wirthschaftsausgaben für die Ernährung der Seinen. Aber von einer Reichseinkommensteuer soll das Reich die Hand lassen und auch nicht in Form einer Wehrsteuer einen Finger ausstrecken.

Es giebt jedoch auch andere und ebenso starke Einwände gegen die Wehrsteuer. Sie greift das Wesen der Wehrpflicht selbst an, wenn man eine Geldleistung als Aequivalent derselben betrachtet.

„Die Wehrpflicht, führt die „N.-Ztg." aus, ist nicht die einzige persönliche Leistung, welche wir dem Staate schulden. Durch unser ganzes öffentliches Leben zieht sich ein System von Ehrenämtern. Vormund, Geschworner, Schöffe, Stadtverordneter, Amtsvorsteher zu werden, das Alles erfordert außer dem Opfer an Zeit, unvermeidlich gewisse Geldopfer, welche der Einzelne nicht liquidirt, über welche sich Niemand genaue Rechenschaft giebt. Oft genug kommt es vor, daß Jemand bereit sein möchte, tausend Mark sofort auf den Tisch zu legen, wenn ihn nur in einer bestimmten Periode nicht die Pflicht träfe, als Geschworner einzutreten. Wie leicht könnte der Gedanke entstehen, demjenigen eine Steuer aufzuerlegen, welcher das Glück habe, zum Dienste als Geschworner oder Schöffe nicht herangezogen zu werden."

Der Heeresdienst ist eine persönliche Pflicht. Sie zu leisten, muß Jedermann bereit sein. Wer aber dazu bereit ist, darf, wenn man seine Dienste nicht annimmt, aus welchem Grunde dieselben auch zurückgewiesen werden, zu einem Geldopfer nicht herangezogen werden. Gar noch Blinde und Lahme, Taube und Buckelige für ihre Körpergebrechen zu besteuern — dagegen regt sich das menschliche Mitleid. In Sachsen hat es 1866 den besten Eindruck gemacht, als das Loskaufsystem fiel und nunmehr der Sohn der reichsten Eltern in Reih und Glied mit dem ärmsten Jüngling aus Stadt und Land den Rock seines Königs tragen muß. Führt man die Wehrsteuer ein, so hat man indirekt ein neues Loskaufsystem. Darum: Die Hände weg davon!

Gambetta fängt sein, eine Weile unterbrochenes, Ministersystem gegen den friedfertigen Minister Barthélémy St. Hilaire wieder an. Derselbe hat den Kammern ein Gelbbuch vorgelegt. Aus dieser Sammlung diplomatischer Aktenstücke ergiebt sich der unumstößliche Beweis, daß Gambetta im August vor. Jahres, durch Hineinhetzen der Griechen in den Krieg, die orientalische Frage entfesseln wollte, um eine allgemeine europäische Verwickelung herbeizuführen, bei der dann Frankreich von Deutschland die Herausgabe von Elsaß-Lothringen fordern könnte. Gambetta wollte diese Wendung beschleunigen, er hielt zu Cherbourg die bekannte kriegsdrohende Rede. Der damalige Minister des Aeußeren, Freycinet, ging jedoch darauf nicht ein, sondern desavouirte Gambetta aus- und nachdrücklich. Gambetta rächte sich, wie bekannt, durch den Sturz Freycinet's; sein Nachfolger, Barthélémy, freilich war zu seinem Verdrusse noch friedfertiger. Jetzt aber enthüllt derselbe die abenteuerlichen Augustpläne Gambetta's. Dieser schäumt vor Wuth; sein Blatt behandelt Barthélémy als einen wahren Stümper von Diplomaten und leicht kann es kommen, daß dieser zurücktreten muß. Inzwischen ist das jetzt nicht mehr so bedenklich wie vorigen Sommer, denn England ist durch die irischen Sorgen, seine Niederlagen in Südafrika und durch das Vordringen der Russen gegen das britische Reich in Indien so in Anspruch genommen, daß es von Herzen froh ist, wenn die Orientfrage eine friedliche Wendung nimmt.

Die Furcht vor Handstreichen der fenischen Irländer beherrscht ganz England. Alle militärischen und Marine-Etablissements werden mit verdoppelter Sorgfalt bewacht; die Wachen in den königlichen Schlössern sind verstärkt, der Prinz von Wales ist, ähnlich wie die nordische Majestät, bei allen Ausgängen von einer Wolke von Geheimpolizisten begleitet. Der Premierminister Gladstone hat die weitere Sorge, die Zwangsgesetze gegen die aufständische Bewegung in Irland durch das Parlament zu bringen. Die irischen Deputirten wenden bekanntlich dagegen die sogenannte Obstruktionstaktik an, d. h. sie verschleppen jeden Beschluß durch endlose Reden. Gladstone sucht Dem durch Einführung des Debattenschlusses zu begegnen. Diese Einrichtung ist dem englischen Parlamente bisher unbekannt. Es ist nun aber sehr zweifelhaft, ob die Konservativen diesem Debattenschluß zustimmen, weil er sich sehr leicht zu einem Wortentziehen gegen Minderheiten mißbrauchen läßt. Man erinnert beiläufig sehr zeitgemäß daran, daß zu verschiedenen Zeiten Gladstone selbst und Chamberlain von der Verschleppungstaktik den ausgiebigsten Gebrauch machten. Im Jahre 1857 bekämpfte Gladstone ein Gesetz für Erleichterung der damals nur mit den furchtbarsten Geldopfern zu erlangenden Ehescheidung. Einen ganzen Monat hindurch kämpfte er sich mit zahllosen Verschleppungsanträgen dagegen ab und sprach fast hundertmal wider das Gesetz. Die Iren handeln also bei ihren Verschleppungsreden ganz nach Gladstone'schen Rezepte. Gladstone selbst ist durch die langstündigen Unterhausdebatten körperlich so angegriffen, daß man glaubt, er werde sich 18 Pair in die ruhigere Atmosphäre des Oberhauses versetzen lassen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." v. 1. Febr.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Dritte Budget-Berathung. Richter unterwirft den Volkswirthschaftsrath einer scharfen Kritik. Die Rede, womit Bismarck denselben eröffnete, war für andere parlamentarische Versammlungen wenig schmeichelhaft. „Mir gefällt die Zusammensetzung der Parlamente auch nicht. Aber die 21 Landwirthe im Volkswirthschaftsrath repräsentiren doch kein größeres Quantum von Erfahrung als die 172 Landwirthe und Grundbesitzer im Abgeordnetenhause, die 148 dergleichen im Reichstage und 184 dergleichen im Herrenhause. Der Volkswirthschaftsrath ist eine Vertretung des Großgrundbesitzes, des Großkapitals, der Arbeitgeber, denn die 5 Handwerksmeister und die 5 Arbeiter verschwinden hinter den vielen Kommerzienräthen. Im Parlament sind die Gelehrten keineswegs in der Uebergabl. Das Unfall-Versicherungs-Gesetz ist zunächst den Fabrikarbeitern fühlbar; und wie viel sind denn Arbeiter im Volkswirthschaftsrath? Drei. Der gewählte permanente Ausschuß wird nur das Echo der Regierung werden. v. Minnigerode: Man hat möglichst unabhängige Männer in den Volkswirthschaftsrath gewählt. Lassen Sie doch den Volkswirthschaftsrath ruhig wirthschaften. Windthorst: Ich hielt und halte noch den Volkswirthschaftsrath für eine bloße Multiplikation; aber man soll ihn jetzt ruhig arbeiten lassen, damit man sieht, ob der Baum gute oder böse Früchte tragen wird. Richter: Der Volkswirthschaftsrath ist recht hübsch zusammengesetzt; gerade so, daß die Majorität für die Regierung da ist, während das unbefangene Auge sieht gewahrt. Reichensperger-Köln hätte gewünscht, daß die katholischen Gesellenvereine Vertretung im Volkswirthschaftsrathe erlangt hätten. Windthorst tritt lebhaft für die Gesellenvereine und ihren guten Einfluß auf Entwickelung eines tüchtigen, soliden Handwerkerstandes ein. Eine längere Debatte verursachte wieder die vorläufige Entlassung von Sträflingen. Schmidt-Stettin verweist auf die günstigen Erfahrungen, welche damit in Sachsen und England gemacht wurden. Windthorst wünscht Erhebungen darüber, wie viele von den vorläufig Entlassenen rückfällig geworden sind. Strosser schloß sich dem an. Wer Tag für Tag mit Verbrechern umgehe, der werde doch zu milde für dieselben gestimmt; gleichwohl lehne die Justizverwaltung die Anträge der Gefängnißdirektoren auf vorläufige Entlassung von Sträflingen mit wenigen Ausnahmen ab. Justizminister Dr. Friedberg legt die Gesichtspunkte des Näheren dar, welche die Justizverwaltung bei der Beurtheilung dieser Anträge leiten. Bisher seien günstige Erfahrungen mit der Einrichtung gemacht worden. Wenn die Gefängnißleiter etwas strenger bei Stellung ihrer Anträge verfahren würden, so würde die Verwaltung auch milder bei der Berücksichtigung derselben verfahren können. Es gehöre heute fast zum guten Ton, gegen die milden Gesetze und die milde Anwendung derselben zu sprechen, nun solle man nur aber auch der Justizverwaltung keinen Vorwurf daraus machen, daß sie diese Milde nicht noch dadurch überbietet, daß sie die gerichtlichen Erkenntnisse durch vorläufige Entlassungen beschränkt. v. Uechtritz beantragt Verschärfung der Strafen gegen rückfällige Diebe, Betrüger, Landstreicher ꝛc., sowie gegen Solche, die „aus Bosheit" Körperverletzungen und Sachbeschädigungen begehen. Dieselben sollen 14 Tage lang im Wesentlichen nur Wasser und Brod bekommen und ihre Kost soll im Uebrigen auf das Nothwendigste beschränkt werden. Nachdem darauf hingewiesen worden, daß dieser Antrag vor den Reichstag gehöre, wurde der Antrag zurückgezogen. Beim Landwirthschaftsetat spricht Bieder über die Bedeutung des Bauernstandes, der sich seiner Vornehmheit nicht bewußt sei. Diese Kenntniß müsse in ihm wachgerufen werden. Der Bauer schicke seinen Sohn in die Stadt, um Professor zu studiren oder Hausknecht zu werden; wenn dieser dazu nicht passe, so sage er: Du bist blos zum Bauern gut. Dem Landwirthschaftsrath sei mit dem Rechte, Einjährig-Freiwilligen-Zeugnisse auszustellen, ein Danaergeschenk gemacht worden; der Schule gehe dadurch der sachliche Charakter verloren. Es werde ihm mitgetheilt, daß an einer solchen Schule drei mosaische Schüler wären, die gar nicht daran dächten, Landwirthe zu werden. Er wünschte, daß die Volksschullehrer dem Landwirthschaftsminister unterstellt würden. Landwirthschaftsminister Lucius trat dem Vorredner in der Hauptsache bei.

Berlin. Bei Berathung des Gesetzes über die Reichsstempelabgaben im Bundesrathe stimmte das Königreich Sachsen gegen den Quittungs- und den Lotterieloosstempel. Gegen den Quittungsstempel stimmten noch Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Großherzogthum Sachsen, Mecklenburg-Strelitz und die drei Hansestädte; gegen den Lotterieloosstempel außer Sachsen noch die beiden Mecklenburg. Gegen den Stempel auf Checks und Giroanweisungen stimmten Baden, Hessen und die Hansestädte. Gegen das ganze Gesetz endlich votirten nur die Hansestädte.

London. Die gestrige Sitzung im Unterhause dauerte bis heute 11 Uhr Vormittags ununterbrochen. Die Irländer hielten lange Reden und beantragten dann die Vertagung der Debatte. Das Haus lehnte alle Vertagungsanträge ab.

Berliner Börse. Es fehlte heute fast an jeder Kauflust und die Course erfuhren vielfach Abschwächungen. Motive: der wahrscheinliche Sieg der österr. Länderbank in der West-Semliner Eisenbahnangelegenheit, die fortgesetzten griechischen Rüstungen und die Annahme des Hammacher'schen Antrags durch die Kommission des Abgeordnetenhauses. Schluß still, aber fester. Credit und Lombarden je 1 Mk. niedriger. Deutsche Bahnen geschäftslos, österr. Bahnen belegt und steigend. Prioritäten fest. Banken still. Fonds ziemlich fest. Bergwerke geschäftslos. Industrien zum Theil recht fest.

Lokales und Sächsisches.

— Gestern Abend traf Se. Maj. der König, von Leipzig kommend, wieder in Dresden ein. Am gestrigen Morgen brachte das Musikchor des 106. Inf.-Reg. Sr. Majestät eine Morgenmusik. — Im Laufe des Vormittags wurden von dem hohen Gaste in Begleitung Sr. Exc. des Herrn Kriegsministers v. Fabrice u. A. auch die neuen Militärbaraken besichtigt. Nachmittags fand die schon gestern erwähnte große Tafel im kgl. Palais statt.

— Reg. Assessor Freiherr von Friesen ward zum Legationsrath, der Amtsrichter Ackermann in Zwickau zum Rath beim Landgericht Bautzen ernannt.

— Zum ersten Male, seitdem Herr v. Könneritz die Leitung der sächsischen Finanzen übernommen hat, ist Aussicht vorhanden, dem Landtag ein Budget ohne Defizit vorzulegen. Gutem Vernehmen nach haben die vorläufigen Mittheilungen im Finanzministerium über das künftige Staatsbudget diese erfreuliche Gewißheit ergeben. Es macht sich eben nicht blos die Erhöhung der Reichssteuern, wovon ein Antheil auf Sachsen kommt, sondern auch das Steigen der eigenen Staatseinnahmen bemerklich. Herr von Könneritz, der in schwierigen Zeiten Finanzminister wurde, wird diese Wendung zum Besseren gewiß mit besonderer Genugthuung begrüßen.

— Schon im Jahre 1872 nahm der Stadtrath Veranlassung das von dem Vorstand der hiesigen Diakonissenanstalt eingebrachte Gesuch: einen Theil der auf Kosten der hiesigen Dienstbotenkrankenkasse zu verpflegenden erkrankten Dienstboten der Diakonissenanstalt zu überweisen — abzulehnen und auch jetzt, nachdem im vorigen Jahre das Gesuch erneuert ward, fand dasselbe das gleiche Resultat. Die Diakonissenanstalt wies auf die inzwischen eingetretene Erweiterung ihrer Räume und auf den Umstand hin, daß sich in der Anstalt der Mangel an einer ausreichenden Anzahl jugendlicher, an akuten Krankheiten leidender weiblicher Personen fühlbar gemacht habe und hob auch hervor, daß mit der wachsenden Ausdehnung der Stadt es gut sein würde, wenn es für die Kranken der Neu- und Antonstadt ein näher gelegenes Krankenhaus gäbe, als das weit entfernte städtische. Die Oberärzte des Stadtkrankenhauses haben sich gleichfalls gegen das Gesuch ausgesprochen und ihre Gründe sind zum Theil nicht uninteressant. Es würden — wolle der Rath dem Gesuche stattgeben — dem Stadtkrankenhause zumeist solche Kranke entzogen werden, welche an akuten Krankheiten leiden und wegen ihrer leichteren, in der Regel mit günstigerem Erfolge begleiteten Behandlung besonders geeignet seien, den Ruf einer Krankenanstalt zu sichern, sowie tüchtige Assistenzärzte und Krankenwärter heranzuziehen; durch die Abgabe derartiger Kranken würde sich eine Steigerung der Sterblichkeitsziffer im Stadtkrankenhause herausstellen, was im Interesse des Institutes vermieden werden müsse, auch sei eine Entlastung des Krankenhauses (mit Ausnahme der Verlegung der Geisteskranken und Siechen in eine besondere Anstalt) jetzt durchaus nicht geboten.

— Die auf gestern Abend einberufene Versammlung der Antisemiten wurde von den Sozial-Demokraten unmöglich gemacht. Schon von vornherein sah man, daß es auf Verhinderung des Vortrags des Dr. Henrici aus Berlin abgesehen war. Die Vorbereitungen der Einberufer waren so kläglich als möglich. Vergebens versuchten sie, die anstürmenden Massen zurückzudrängen. Jeder Versuch, Juden, notorische Provokateure und als Naturmacher bekannte Sozialdemokraten auszuschließen, erwies sich bald als unmöglich. Es kam zu allerhand Exzessen, die Stühle wurden den Vorständen systematisch entrissen, von verwegenen jungen Burschen die sächsische Fahne zusammengerollt. Näherer Bericht über die Sprengung der Versammlung morgen. Das Ausdrehen des Gases und die Ankündigung: Kein Vortrag! rief lautes Hurrah der Skandalisten hervor. Schließlich räumte die Versammlung den Saal.

— Heute findet der einzige große öffentliche Maskenball im Dammschen Etablissement — Königsbrückerstraße — statt. Vor der Demaskirung, sowie nach derselben werden lebende Bilder gestellt. Neu wird bei dem Balle sein, daß Wein auch in Gläsern, à 50 Pf., verschenkt wird.

— Die Geflügelausstellung der „Cypria" in Berlin wird diesmal auch von Sachsen aus beschickt und zwar geschieht dies durch den Mitbesitzer unseres Blattes, Herrn Max Liepsch in Blauen bei Dresden. Derselbe hat eine Kollektion von 8 Stämmen selbstgezogener, edler, englischer Hühner und mehrere Paare seltener Tauben dahin abgehen lassen, die bei hiesigen Geflügelzüchtern allgemeine Anerkennung gefunden haben. Zur Uebernahme dieses kostbaren Besitzes geht Herr Max Liepsch persönlich nach Berlin.